Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8418**

14. Wahlperiode 27. 02. 2002

Große Anfrage

der Abgeordneten Günther Friedrich Nolting, Hildebrecht Braun (Augsburg), Jörg van Essen, Dirk Niebel, Ina Albowitz, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Ulrike Flach, Rainer Funke, Dr. Karlheinz Guttmacher, Klaus Haupt, Dr. Helmut Haussmann, Ulrich Heinrich, Walter Hirche, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Dr. Günter Rexrodt, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Gerhard Schüßler, Marita Sehn, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Jürgen Türk, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Bundeswehr im neuen Jahrhundert

Das Streben nach Sicherheit gehört zu den Grundbedürfnissen der Menschen. Der Einzelne kann hierfür nicht selbst sorgen. Die Gewährleistung von Sicherheit ist deshalb eine Kernaufgabe staatlicher Vorsorge, die von den Bürgern erwartet wird. Sicherheit wird heute als Teil der politischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Prozesse im weltweiten Maßstab betrachtet.

Bündnisverteidigung bleibt unverändert die Kernaufgabe der Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland (Artikel 87a Grundgesetz). Primäre Herausforderung der Bundeswehr ist seit geraumer Zeit jedoch ihr Einsatz im Rahmen eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit, wie es z. B. die VN darstellen, also ihre Teilnahme an humanitären, friedenssichernden und friedensschaffenden Maßnahmen. Dazu muss sie personell und materiell effektiv und effizient strukturiert, gut ausgebildet und modern ausgerüstet sein.

Die Bundesregierung ist grundsätzlich verpflichtet, für derartige Friedenseinsätze der Streitkräfte die vorherige und konkrete konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages einzuholen. Deshalb ist die Bundeswehr eine „Parlamentsarmee“.

Die Bundeswehr ist in einem besorgniserregenden Zustand. Dringend notwendige Modernisierungen von gepanzerten und ungepanzerten Fahrzeugen, Hubschraubern und Flugzeugen, Booten und Schiffen, Waffen und Ausrüstung werden nicht vorgenommen.

Die von der Bundesregierung beschlossene Streitkräftereform löst keines der vorhandenen, gravierenden Probleme. Die getroffenen Strukturentscheidungen sind halbherzig und weder auftragsbezogen noch in die Zukunft gerichtet. Darüber hinaus sind sie aufgrund der massiven Kürzungen des Verteidigungshaushaltes nicht bezahlbar. Die Bundeswehr leidet mittlerweile an erheblicher chronischer Unterfinanzierung.

Die Soldatinnen und Soldaten, wie auch die zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Bundeswehr, haben Anspruch auf besondere Fürsorge. Sie benötigen eine eindeutige Perspektive, Klarheit in der Aussage der politischen und

militärischen Führung sowie persönliche Planungssicherheit. Das rückwärts gewandte Festhalten an der Allgemeinen Wehrpflicht steht dem frontal entgegen. Solange deren Aussetzung aufgeschoben wird, besteht keine Möglichkeit, eine wenigstens für ein Jahrzehnt angelegte Streitkräftestruktur einzunehmen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Sieht die Bundesregierung, spätestens angesichts der sicherheitspolitischen Entwicklung nach den Terroranschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon vom 11. September 2001, die Notwendigkeit, die von ihr getroffenen Entscheidungen zur Bundeswehrreform einer grundsätzlichen Überprüfung zu unterziehen, um sie den vorhandenen und zukünftigen Erfordernissen anzupassen und so eine erneute Umstrukturierung der Streitkräfte in diesem Jahrzehnt zu vermeiden?
2. Wenn nein, warum nicht?
3. Teilt die Bundesregierung die vom bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber auf der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik erhobene Forderung nach einer Grundgesetzänderung, „um die Bundeswehr zum Objektschutz im Innern einsetzen zu können, wenn Polizeikräfte dafür nicht mehr ausreichen"?
4. Teilt die Bundesregierung die in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 1. Februar 2002 veröffentlichte Aussage des NATO-Generalsekretärs George Robertson, dass Wehrpflichtarmeen heute nur noch einen geringen Nutzen haben und dass die „Tage der Wehrpflicht im Großen und Ganzen gezählt" sind?
5. Wie begründet die Bundesregierung ihr Festhalten an der Allgemeinen Wehrpflicht?
6. Was war am 1. Januar 2001 die durchschnittliche Stärke der Geburtsjahrgänge 1975 bis 1983?
7. Wie viele Männer der Geburtsjahrgänge 1975 bis 1983 wurden im Jahr 2001 zum Grundwehrdienst einberufen?
8. Wie viele von denen kamen der Einberufung nach?
9. Wie viele Männer der Geburtsjahrgänge 1975 bis 1983 wurden 2001 als Kriegsdienstverweigerer anerkannt?
10. Wie viele von ihnen begannen im Jahr 2001 mit der Ableistung ihres Ersatzdienstes?
11. Wie viele Mannschaftsdienstgrade Soldaten auf Zeit (SaZ) sind als Wehrpflichtige einberufen worden (Stichtag 1. Januar 2002)?
12. Wie viele aller im Jahr 2001 zum Unteroffizier beförderten Soldaten der Bundeswehr sind als Wehrpflichtige einberufen worden?
13. Wie viele aller im Jahr 2001 zum Leutnant beförderten Soldaten der Bundeswehr sind als Wehrpflichtige einberufen worden?
14. Teilt die Bundesregierung die in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" vom 3. Februar 2002 veröffentlichte Meinung des ehemaligen Inspekteurs des Heeres, Generalleutnant a. D. Helmut Willmann, wonach die Zielstruktur der Bundeswehrreform überprüft und die Zahl der Grundwehrdienstleistenden zugunsten von mehr Zeit- und Berufssoldaten drastisch reduziert werden muss?
15. Wenn nein, welche Fakten sprechen nach Ansicht der Bundesregierung dagegen?

16. Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Generalleutnant a. D. Helmut Willmann, ebenfalls in der selben Ausgabe o. a. Zeitung veröffentlicht, wonach über die Aussetzung der Wehrpflicht bei unveränderter finanzieller Lage nachgedacht werden muss?
17. Wenn nein, wie begründet die Bundesregierung ihre gegensätzliche Auffassung?
18. Ist die Bundesregierung davon überzeugt, dass der Personalumfang der Bundeswehr im Frieden und der Verteidigungsumfang bei der jetzigen und der prognostizierten Haushaltslage zu halten ist?
19. Wie bewertet die Bundesregierung die von Generalleutnant a. D. Helmut Willmann gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ geäußerte Meinung, wonach „eine kleinere, aber äußerst modern ausgerüstete Armee unserem Land ein größeres politisches Gewicht und breitere militärische Möglichkeiten und damit der Politik mehr Handlungsfreiheit“ geben würde?
20. Ist die Bundesregierung wie Generalleutnant a. D. Helmut Willmann der Meinung, dass aufgrund der sicherheitspolitischen Lage und der Risikoanalyse „die Begründung für eine Aufwuchsfähigkeit der Bundeswehr durch die Ausbildung von Wehrpflichtigen“ entfällt?
21. Wenn nein, wie begründet die Bundesregierung die Notwendigkeit eines Verteidigungsumfangs der Bundeswehr von ca. 500 000 Soldaten?
22. Wie gedenkt die Bundesregierung den Motivationsverlust bei den Soldaten auszugleichen, der dadurch entsteht, dass sie nicht in angemessener Zeit zum nächst höheren Dienstgrad befördert werden, obwohl sie z. T. länger als ein Jahr höher wertige Aufgaben erfüllen oder für diese qualifiziert sind?
23. Wie und wann gedenkt die Bundesregierung den Personalüberhang und den sich daraus ergebenden Beförderungsstau bei Unteroffizieren und Offizieren gänzlich abzubauen?
24. Wie viele Unteroffizier-STAN-Stellen (STAN: Stärke- und Ausrüstungsnachweisung) waren am 1. Januar 2002 nicht oder unterwertig besetzt?
25. Wie viele Offizier-STAN-Stellen waren am 1. Januar 2002 nicht oder unterwertig besetzt?
26. Wie viele Mannschaftsdienstgrade hatten am 1. Januar 2002 alle Voraussetzungen zur Beförderung zum nächst höheren Dienstgrad erfüllt, konnten aber aufgrund fehlender Haushaltsstellen nicht befördert werden?
27. Wie viele Unteroffiziere hatten am 1. Januar 2002 alle Voraussetzungen zur Beförderung zum nächst höheren Dienstgrad erfüllt, konnten aber aufgrund fehlender Haushaltsstellen nicht befördert werden?
28. Wie viele Offiziere hatten am 1. Januar 2002 alle Voraussetzungen zur Beförderung zum nächst höheren Dienstgrad/Einweisung in die nächst höhere Besoldungsstufe erfüllt, konnten aber aufgrund fehlender Haushaltsstellen nicht befördert/eingewiesen werden?
29. Wie viele Soldaten haben auf Anfrage schriftlich gegenüber dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) ihr grundsätzliches Interesse an einer vorzeitigen Zurruhesetzung im Rahmen des Gesetzes zur Anpassung der Personalstärke der Streitkräfte bekundet (aufgeschlüsselt nach Dienstgraden/ Besoldungsgruppen und gewünschten Zeitpunkten)?
30. Welche durchschnittlichen jährlichen Kosten veranschlagt die Bundeswehr für einen

- grundwehrdienstleistenden Soldaten (W 10),
- Mannschaftssoldaten (SaZ 4),
- Unteroffizier/Feldwebel (SaZ 8),
- Offizier (SaZ 8)?

31. Welche Verpflichtungszeiten sind in den Streitkräften von Belgien, den Niederlanden, Frankreich, Großbritannien und den USA möglich?

32. Welche durchschnittlichen Verpflichtungszeiten liegen in den Streitkräften von Belgien, den Niederlanden, Frankreich, Großbritannien, den USA und der Bundesrepublik Deutschland vor?

33. Wie hoch ist der Anteil der Soldaten in den Streitkräften der o. a. Staaten, die vor der Einstellung
    - Schüler ohne Schulabschluss,
    - Schüler mit Schulabschluss,
    - Schüler mit Abitur oder vergleichbarem Schulabschluss

    waren?

34. Wie hoch ist der Anteil der Soldaten in den Streitkräften der o.a. Staaten, die vor der Einstellung
    - arbeitslos ohne Berufsausbildung und
    - arbeitslos mit Berufsausbildung

    waren?

35. Wie hoch ist der Anteil der Soldaten in den Streitkräften der o.a. Staaten
    - mit Erfahrung aus einem zivilen Arbeitsverhältnis als ungelernte Arbeitskraft,
    - mit Erfahrung aus einem zivilen Arbeitsverhältnis mit Berufsabschluss?

36. Was kostet jährlich umgerechnet in Euro in den Streitkräften der o.a. Staaten ein Soldat auf Zeit in der Laufbahn
    - der Mannschaften,
    - der Unteroffiziere und
    - der Offiziere

    mit einer durchschnittlichen Verpflichtungszeit von 8 Jahren im letzten Dienstjahr?

37. Wie sind die Soldaten auf Zeit und Berufssoldaten in den Streitkräften von Belgien, den Niederlanden, Frankreich, Großbritannien und den USA nach ihrer Dienstzeit versorgt?

38. Wie ist die Versorgung in den o. a. Staaten nach dem Dienstzeitende (DZE) geregelt?

39. Wie sehen die Regelungen in den o. a. Staaten nach einer durchschnittlichen Verpflichtungszeit von 8 Jahren aus?

40. Welche durchschnittlichen Kosten entstehen den Streitkräften der o. a. Staaten in der Versorgung nach Dienstzeitende in den Laufbahnen
    - der Mannschaften,
    - der Unteroffiziere und
    - der Offiziere?

41. Welche Erfahrungen haben die Teilstreitkräfte der Bundeswehr mit freiwillig zusätzlich Wehrdienstleistenden gemacht?
42. Welche Probleme ergeben sich dadurch bei der Personalsteuerung?
43. Welche Erfahrung hat die Bundeswehr bisher mit Frauen gemacht, die außerhalb des Sanitätsdienstes und der Militärmusik eingesetzt sind?
44. Welche Erfahrungen hat die Bundeswehr bisher mit in der Kampftruppe eingesetzten Frauen gemacht?
45. Plant die Bundesregierung die Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten bei weiblichen Soldaten, insbesondere nach Ende des Mutterschutzes, zu verstärken?
46. Auf welchen Dienstposten und in welchen Fällen sind flexible Arbeitszeiten für Soldaten im Erziehungsurlaub bisher erfolgreich angewandt worden?
47. Wie gedenkt die Bundesregierung sicher zu stellen, dass Unteroffiziere mit Portepee zukünftig in der Regel im Dienstgrad Stabsfeldwebel/Stabsbootsmann pensioniert werden?
48. Ist sich die Bundesregierung bewusst, dass Witwen von Hauptfeldwebeln/Hauptbootsmännern Versorgungsbezüge nahe dem Sozialhilfesatz beziehen?
49. Ist sich die Bundesregierung bewusst, dass sich diese Problematik noch verschärfen wird, wenn die durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 durchgesetzte Absenkung des Ruhegehaltssatzes sowie der Witwenpension von 60 auf 55% der Pension des Verstorbenen soziale Wirklichkeit wird?
50. Ist die Bundesregierung gewillt, diesen Zustand zu verändern, oder empfindet sie es als gerecht, Personen, die dem Staat 35 Jahre durch Einsatz von Leib und Leben gedient haben, im Altersruhestand mit dem Sozialhilfesatz abzufinden?
51. Wie gedenkt die Bundesregierung die Versorgungslücke bei von der Nationalen Volksarmee (NVA) in die Bundeswehr übernommenen Berufssoldaten zu schließen?
52. Wie weit gedenkt die Bundesregierung eine ausreichende und angemessene finanzielle Versorgung von im Einsatz verwundeten oder gefallenen Soldaten auf Zeit bzw. Berufssoldaten der Bundeswehr, außerhalb der privatrechtlichen Versicherung, welche die Soldaten abschließen können, sicher zu stellen?
53. Wie beläuft sich das Verhältnis von Anzahl der Bewerber/Bewerberinnen zu den offenen Stellen, aufgeschlüsselt nach den Zeiträumen 1996 bis 1998 und 1999 bis 2001,
    - in der Laufbahn der Offiziere aller Teilstreitkräfte,
    - in der Laufbahn der Unteroffiziere aller Teilstreitkräfte,
    - im fliegerischen Dienst bei der Luftwaffe,
    - im fliegerischen Dienst bei der Marine?
54. Wie viele Berufssoldaten der Bundeswehr haben seit 1999 ihren Vertrag vorzeitig gekündigt,
    - insgesamt,
    - beim Heer,
    - in der Laufbahn der Piloten bei den Heeresfliegern,

– bei der Luftwaffe,

– in der Laufbahn der Piloten bei der Luftwaffe,

– bei der Marine

– bei den Marinefliegern?

55. Wie viele Reservisten der Bundeswehr leisteten von 1999 bis 2001 im Rahmen deutscher Kontingente im Ausland eine Wehrübung?

56. Wie viele davon waren zum Zeitpunkt der Einberufung zur Wehrübung arbeitslos?

57. Wie viele Offiziere und Unteroffiziere der Reserve wurden 2001 in Wehrübungen, auf Lehrgängen oder in der Truppe für ihre Führung- und Funktionsaufgaben aus- und weitergebildet?

58. Wie viele und welche Spezialisten sind darüber hinaus in Wehrübungen für mögliche Verwendungen im Rahmen von Ausbildungseinsätzen weitergebildet worden?

59. Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass die Vertrauenspersonen und ihre Stellvertreter nach der Wahl gut und richtig eingewiesen und ausgebildet werden?

60. In welcher Form beabsichtigt die Bundesregierung die Stellung der Vertrauensperson im Einsatzland zu stärken?

61. Welche Auswirkungen hat die Streitkräftereform nach Auffassung der Bundesregierung auf die Wehrverwaltung?

62. Wie weit sind die Planungen der Bundesregierung bezüglich der Reform der Bundeswehrverwaltung gediehen?

63. Wann plant die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag einen umfassenden Bericht zum Stand der Reform der Bundeswehrverwaltung vorzulegen?

64. Sollte die Vorlage eines derartigen Berichtes bisher nicht vorgesehen sein, in welcher Form beabsichtigt die Bundesregierung den Deutschen Bundestag in ihre Planungen zur Wehrverwaltung mit einzubeziehen?

65. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung zahlreicher Bediensteter der Wehrverwaltung, dass bezüglich der Reform der Bundeswehr die Informationspolitik des Bundesministers der Verteidigung, Rudolf Scharping, schleppend, lückenhaft und in einigen Fällen bisher gänzlich unterblieben ist?

66. Wie gedenkt die Bundesregierung offenkundige Defizite auf diesem Gebiet wirkungsvoll und dauerhaft zu begegnen?

67. Wie hoch sind die so genannten Personalüberhänge im Bereich der Wehrverwaltung?

68. Wie ist der aktuelle Sachstand der angekündigten Reduzierung besagter, nicht strukturgerechter Personalüberhänge?

69. Wie gedenkt die Bundesregierung den Motivationsverlust bei zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Bundeswehr zu begegnen, der dadurch entsteht, dass sie nicht in angemessener Zeit in die nächsthöhere Besoldungsstufe/Gehaltsgruppe eingewiesen werden, obwohl sie z. T. länger als ein Jahr höher wertige Aufgaben erfüllen oder für diese qualifiziert sind?

70. Wie und wann gedenkt die Bundesregierung diesen Zustand zu mildern bzw. zu beheben?

71. Wie viele Arbeiter, Angestellte und Beamte erfüllten am 1. Januar 2002 alle Voraussetzungen für die Einweisung in die nächste Besoldungsstufe/Gehaltsgruppe?

72. Wie viele von denen wurden mit Wirkung vom 1. Januar 2002 tatsächlich in die nächste Besoldungsstufe/Gehaltsgruppe eingewiesen?

73. Wann wird nach den Planungen des Bundesministers der Verteidigung, Rudolf Scharping, die/der letzte Arbeiterin/Arbeiter, Angestellte und Beamtin/Beamte, die/der am 1. Januar 2002 alle Voraussetzungen für eine Höhergruppierung erfüllt hatte, tatsächlich in die nächste Besoldungsstufe/Gehaltsgruppe eingewiesen werden?

74. Wie viele STAN-Stellen für Arbeiter waren bei der Bundeswehr am 1. Januar 2002 nicht oder nur unterwertig besetzt?

75. Wie viele STAN-Stellen für Angestellte waren bei der Bundeswehr am 1. Januar 2002 nicht oder nur unterwertig besetzt?

76. Wie viele STAN-Stellen für Beamte waren bei der Bundeswehr am 1. Januar 2002 nicht oder nur unterwertig besetzt?

77. Wie viele Zivilbedienstete der Bundeswehr haben an Auslandseinsätzen teilgenommen bzw. befinden sich zurzeit im Auslandseinsatz?

78. Welche Auswirkungen haben diese Personalabstellungen auf den Dienstbetrieb der entsendenden Dienststellen?

79. Aus welchem Grund sind die Dienstposten der so genannten Berlin-Referenten beim BMVg in Berlin aus den Abteilungen der Wehrverwaltung nicht besetzt worden?

80. Wie viel Prozent der Dienstposten der Bundeswehr in den neuen Ländern sind durch Mitarbeiter besetzt, die das niedrigere „Ostgehalt“ beziehen?

81. Wann gedenkt die Bundesregierung den sowohl verfassungsrechtlich bedenklichen wie auch menschlich schwer verständlichen Zustand der niedrigeren Ostbesoldung zu beseitigen, zumal in den Streitkräften unterschiedlich besoldete Beschäftigte die gleiche Arbeit nebeneinander leisten müssen?

82. Wann gedenkt die Bundesregierung ehemaligen Soldaten der NVA die Führung ihres früheren Dienstgrades mit dem Zusatz a. D. zu erlauben?

83. Welche Gründe sprechen nach Auffassung der Bundesregierung dagegen, den in der NVA geleisteten Wehrdienst nicht länger als Wehrdienst „in fremden Streitkräften“ zu werten?

84. Welche Gründe sprechen nach Auffassung der Bundesregierung dagegen, in der ehemaligen NVA an in- und ausländischen Bildungseinrichtungen erworbene Bildungsabschlüsse, so weit sie nach deutschem Recht gleichwertig sind, anzuerkennen?

85. Welche Maßnahmen erwägt die Bundesregierung, um eine höhere Vorgesetztendichte zur Ausbildung der Soldaten zu erreichen?

86. Wie viele einfache Disziplinarmaßnahmen wurden 2001 in der Bundeswehr verhängt und wie hoch ist der Anteil von förmlichen Anerkennungen?

87. Gibt es gravierende Unterschiede in Häufigkeit und Höhe von Disziplinarmaßnahmen zwischen Inlands- und Auslandseinsatz?

88. Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass während des Auslandseinsatzes ausgesprochene Disziplinarbußen im Durchschnitt wesentlich höher angesetzt sind als im Heimatland verhängte?

89. Wie viele besondere Vorkommnisse wurden in der Bundeswehr in den Jahren 1997, 1998, 1999, 2000 und 2001 gemeldet, deren Anlässe rechtsradikaler bzw. rechtsextremistischer Natur waren?

90. Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefahr, dass durch die modernen Kommunikationstechniken und Führungsmittel und der damit verbundenen Kontrolldichte die Vorzüge der Auftragstaktik zunehmend abgebaut werden?

91. Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung aus der neuen sicherheitspolitischen Lage für die Inhalte der politischen Bildung gezogen?

92. Wie viel Bundesmittel stehen 2002 für die politische Bildung der Soldaten in der Truppe zur Verfügung und wie viel waren es 1998?

93. In welchem Umfang wurden die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit zivilen Trägern im Rahmen der politischen Bildung genutzt?

94. Wie hoch waren 2001 die Kosten dieser Nutzung?

95. Wie viel Bundesmittel stehen für 2002 für diesen Zweck zur Verfügung?

96. Wie viel Bundesmittel standen 1998 dafür zur Verfügung?

97. Stehen den Einheitsführern in den Streitkräften Unterrichtsmaterialien zur Verfügung, mit denen sie die Soldaten über die Gefahren rechts- und linksradikalter Tendenzen aufklären können?

98. Um welche Materialien handelt es sich dabei?

99. Wie hoch war die Anzahl der Studienabbrecher an den Universitäten der Bundeswehr in den Jahren 1999, 2000 und 2001,
    - insgesamt,
    - in den technisch orientierten Studiengängen,
    - in den geisteswissenschaftlichen Studiengängen,
    - im Studienfach Luft- und Raumfahrttechnik,
    - im Studienfach Informatik,
    - im Studienfach Wirtschaft und Organisationswissenschaften,
    - im Studienfach Betriebswirtschaftslehre (FH)?

100. Wie verteilen sich die von 1999 bis 2001 das Studium abbrechenden Offiziere bzw. Offiziersanwärter auf die Teilstreitkräfte
    - Heer,
    - Luftwaffe und
    - Marine?

101. Wie viele der Studienabbrecher der jeweiligen Teilstreitkräfte brachen in dem o. g. Zeitraum ihr Studium im Vordiplom ab und wie viele im Hauptdiplom?

102. Wie viele rein nationale Übungen und Manöver wurden von 1999 bis 2001
    - in der Bundesrepublik Deutschland bzw.
    - im Ausland

    durchgeführt?

103. Wie viele Soldaten waren daran jeweils beteiligt?

104. Welche Kosten entstanden jeweils für diese Übungen?

105. Wie viele bi- und multinationale Übungen und Manöver wurden von 1999 bis 2001

 – in der Bundesrepublik Deutschland bzw.

 – im Ausland

 durchgeführt?

106. Wie viele Soldaten

 – deutscher Nationalität,

 – anderer Nationen

 waren daran beteiligt?

107. Welche Kosten entstanden jeweils für diese Übungen und Manöver

 – in der Bundesrepublik Deutschland bzw.

 – im Ausland?

108. Welche Auswirkungen hat die unzureichende Materialerhaltungslage auf die Einsatzbereitschaft und die Ausbildungstätigkeit der Streitkräfte?

109. Wie will die Bundesregierung zukünftig negative Auswirkungen auf die Einsatzbereitschaft und die Ausbildungstätigkeit aufgrund unzureichender Materialerhaltung vermeiden?

110. Welche Probleme gab es 2001 bei der Betriebsstoffversorgung in der Bundeswehr?

111. Welche Probleme wird es voraussichtlich 2002 bei der Betriebsstoffversorgung geben?

112. Welche Probleme gab es 2001 bei der Munitionsversorgung (Manöver, Übungs- und Gefechtsmunition) in der Bundeswehr?

113. Welche Probleme wird es voraussichtlich 2002 bei der Munitionsversorgung (Manöver, Übungs- und Gefechtsmunition) geben?

114. Wie ist zu erklären, dass die Angehörigen speziell ausgebildeter Truppengattungen in kostspieligen Ausbildungen und Lehrgängen auf Fahrzeuge und Aufgaben anderer Truppengattungen umgeschult werden, wie dies z. B. bei der Ausbildung von Artillerieoffizieren zu Sicherungszugführern der Fall ist, um dann im Einsatz ohne die dringend notwendigen Erfahrungen im Umgang mit dem neuen Gerät bestehen zu müssen?

115. Wie viele Soldaten der ABC-Abwehrtruppe befinden sich derzeit im Auslandseinsatz bzw. hierfür abrufbereit (in absoluter Zahl und in Prozenten zur Gesamtstärke der Truppengattung)?

116. Ist das den Soldaten der ABC-Abwehrtruppe zugesagte Versprechen, sie nur alle 2 Jahre in einen Auslandseinsatz zu senden, haltbar?

117. Wie hoch ist die Scheidungsquote bei verheirateten Soldaten in einzelnen, durch die Auslandseinsätze hoch belasteten Truppengattungen des Heeres (ABC-Abwehrtruppe, Fallschirmjäger, Fernmelder, Heeresflieger, Pioniere)?

118. Wie viele Soldaten der Bundeswehr waren am 1. Januar 2002 fähig und in der Lage an Auslandseinsätzen teilzunehmen?

119. Wie viele Soldaten der Bundeswehr verfügen über die für einen Auslandseinsatz notwendige truppenärztliche Bescheinigung der Auslandsverwendungsfähigkeit

 – insgesamt,

- im Heer,
- bei den Fallschirmjägern,
- bei der Fernmeldetruppe,
- bei den Heeresfliegern,
- bei den Pionieren,
- in der Luftwaffe,
- beim Lufttransportkommando der Luftwaffe,
- bei der Marine?

120. Ist es zutreffend, dass Soldaten der Bundeswehr in Spezialverwendungen bereits während eines laufenden Einsatzes erneut für einen daran sich direkt anschließenden Einsatz angefragt werden?

121. Wenn ja, in wie vielen Fällen hat sich dies bisher ereignet?

122. Ist es zutreffend, dass die Einsatzdauer mehrerer Soldaten während des laufenden Einsatzes aufgrund fehlender Nachbesetzung für die Stelle signifikant von 6 auf bis zu 8 Monate verlängert wird bzw. wurde?

123. Wenn ja, in wie vielen Fällen hat sich das bisher ereignet?

124. Ist es zutreffend, dass in zahlreichen Fällen Soldaten der Bundeswehr mit einer Vorlaufzeit von einer bis vier Wochen in den Einsatz entsandt werden bzw. wurden?

125. Wenn ja, in wie vielen Fällen hat sich dies bisher ereignet?

126. Wie viele Soldaten der Bundeswehr sind derzeit durch Entlastungsaufträge (z. B. Bewachung von US-Einrichtungen, Personalgestellung für AWACS-Einsätze in den USA, Ablösung von US-Flottenverbänden im Mittelmeer etc.) im Rahmen der Unterstützung der USA gebunden und welche Dauer wird für diese Unterstützung der USA veranschlagt?

127. Inwieweit ist der Ausbildungsbetrieb der Bundeswehr durch die Auslandseinsätze noch zu gewährleisten?

128. Wie gedenkt die Bundesregierung die Qualität der Ausbildung in Deutschland zu gewährleisten, wenn aufgrund der Auslandseinsätze in zahlreichen Fällen unterqualifiziertes Personal höherwertige Aufgaben wahrnehmen muss (so z. B. Stabsunteroffiziere über längere Zeiträume als Zugführer eingesetzt werden)?

129. Ist die Ausbildung im Heer aufgrund der Personallage bei Offizieren und Unteroffizieren sowie durch Bereitstellung genügend einsatzbereiter Rad- und Kettenfahrzeuge, Munition, Betriebsstoff und Übungsplätze sichergestellt?

130. Wo gibt es welche Schwachstellen?

131. Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den Friedens- und Ausbildungsbetrieb im Heer überall sicherzustellen?

132. Ist die Ersatzteilversorgung flächendeckend gewährleistet?

133. Wie lange reichen die Ersatzteilbestände aus, und wie werden sie wieder aufgefüllt?

134. Wie viele Flugzeuge der Bundeswehr sind jeweils für Einsatzrollen in der

- Luftverteidigung,
- Aufklärung,
- Gegenoffensive

derzeit eingesetzt bzw. zum Ende des Planungszeitraums vorgesehen?

135. Ist die Erfüllung der vom BMVg festgelegten militärischen Aufträge in den jeweiligen Einsatzrollen gewährleistet bzw. wo bestehen Defizite?

136. Welche militärischen Aufträge sollen für die Luftstreitkräfte künftig Priorität haben?

137. Welche Anstrengungen unternimmt das BMVg, um innerhalb des atlantischen Bündnisses zu einer größeren Arbeitsteilung im Bereich Luftverteidigung, Luftangriff und Luftaufklärung zu gelangen, womit Ressourcen und Kosten eingespart werden könnten?

138. Welche Anteile der deutschen Luftstreitkräfte sind in welchen Einsatzrollen ausschließlich für nationale Aufgaben und welche für NATO-Aufgaben vorgesehen?

139. Wie soll angesichts der bestehenden Haushaltssituation und der absehbaren Haushaltsentwicklung die Waffensystemstruktur der Luftwaffe modernisiert werden?

140. Wie sind die Pläne für eine erforderliche Erhöhung der Jahresflugstunden für fliegende Besatzungen, um die Befähigung zur fliegerischen und operationellen Beherrschung ihrer Einsatzmuster aufrechtzuerhalten bzw. wiederzugewinnen?

141. Ist die Auftragserfüllung der Marine voll gewährleistet?

142. Wo gibt es gegebenenfalls Einschränkungen oder Defizite?

143. Welche Initiativen gibt es, um zu Arbeitsteilung und Rollenspezialisierung mit anderen Seestreitkräften im Bündnis zu kommen?

144. Was sind die bisherigen Ergebnisse?

145. Welche Überlegungen und Planungen gibt es, auch außerhalb von Manövern und Übungen, Verbände europäischer Marinen zusammenzustellen, um dadurch der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) stärker Ausdruck zu verleihen?

146. Wie viele Seetage hatte die deutsche Flotte von 1999 bis 2001 im Vergleich zu 1996 bis 1998 getrennt nach Schiffs- und Bootsklassen?

147. Wie viele Seetage lagen außerhalb des europäischen Seegebietes?

148. Wie beabsichtigt die Bundesregierung, die sanitätsdienstliche Versorgung der Soldaten

 – im Frieden,
 – bei Einsätzen außerhalb des Landes,
 – im Rahmen der Landesverteidigung

 sicherzustellen?

149. Welche Funktion haben die regionalen Sanitätskommandos in der neuen Struktur des Sanitätsdienstes?

150. Welche Funktion haben die Leit-Sanitätszentren in der neuen Struktur des Sanitätsdienstes?

151. Wie viele neue Dienstposten sind in der neuen Struktur des Sanitätsdienstes vorgesehen?

152. Wie viele davon im Organisationsbereich des Sanitätsdienstes?

153. Aus welchen Bereichen des Sanitätsdienstes wurde das neu im Organisationsbereich eingesetzte Personal rekrutiert und welche Auswirkungen

haben diese Personalabstellungen auf die fachärztliche Versorgung von Soldaten?

154. Wie wird die erforderliche Aus-, Fort- und Weiterbildung und in Übunghaltung für

– Mannschaften im Sanitätsdienst,

– Sanitätsunteroffiziere und

– Sanitätsoffiziere

sichergestellt?

155. Wie hat sich die Beteiligung der Sanitätstruppe an friedenserhaltenden und friedensschaffenden Einsätzen der Bundeswehr auf die sanitätsdienstliche Versorgung in den Heimatstandorten und in den Bundeswehrkrankenhäusern ausgewirkt?

156. Wie kann angesichts der Einsätze der Sanitätstruppe (insbesondere der Ärzte) außerhalb unseres Landes die sanitätsdienstliche Versorgung in den Standorten und den Bundeswehrkrankenhäusern sichergestellt werden?

157. Gibt es in kleineren Standorten der Bundeswehr Schwierigkeiten bei der sanitätsdienstlichen Versorgung, z. B. auch bei Schießvorhaben, Truppenübungsplatzaufenthalten oder bei Übungen?

158. Was unternimmt die Bundesregierung zur Verbesserung der Ausstattung der kleinen Sanitätsbereiche?

159. Wie steht die Bundesregierung zu der in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ vom 3. Februar 2002 veröffentlichten Äußerung des ehemaligen Inspekteurs des Heeres, Generalleutnant a. D. Helmut Willmann, wonach ab 2007 „nach Einschätzung der Experten im Ministerium der investive Anteil im Etat fast vollständig aufgezehrt“ wird durch die Finanzierung von Eurofighter, Airbus A400M, die Hubschrauber TIGER und NH 90 sowie die Fregatten und Korvetten der Marine und dadurch die Mittel für dringend benötigte Systeme des Heeres fehlen werden?

160. Wie rechtfertigt die Bundesregierung den laut Generalleutnant a. D. Helmut Willmann ab 2007 zu erwartenden Zustand, dass die Teilstreitkraft Heer, die mit 90 Prozent die Hauptlast bei den lang andauernden Friedensmissionen trägt, erhebliche Defizite bei den Führungssystemen, veraltete Hubschrauber und Schützenpanzer sowie einen Ausrüstungsstand bei den Gewehren G 36 von nur 50 Prozent hat?

161. Wie hoch werden die Forschungs-, Entwicklungs- und Beschaffungskosten sowie die jährlichen Materialbetriebskosten in Jahresschritten bis zum Jahr 2015 für die Systeme

– Eurofighter (einschließlich Bewaffnung und Ausbildung) und

– Airbus A400M

veranschlagt und welche Auswirkungen werden diese zwei Großprojekte auf wichtige Beschaffungsvorhaben des Heeres und der Marine haben?

162. Hält die Bundesregierung es weiterhin für möglich, das Ziel der Erhöhung des verteidigungsinvestiven Anteils auf 30 Prozent des Einzelplans (EPL) 14 in den Jahren 2003/2004 zu erreichen?

163. Aus welchen Bereichen sollen in welchem Umfang im Finanzplanungszeitraum Umschichtungen zugunsten der verteidigungsinvestiven Aufgaben erfolgen?

164. Wie gedenkt die Bundesregierung der Veralterung und der nicht mehr zeitgemäßen Ausrüstung der Bundeswehr angesichts des geringen Investitionsanteils entgegenzuwirken?
165. Welche Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr, die die Aufnahme im Bundeswehrplan 1999 gefunden haben, sind bislang verschoben worden?
166. Mit welchen weiteren Verschiebungen bei der Entwicklung und der Beschaffung rechnet die Bundesregierung angesichts weiterer Einsparungen im Haushaltsplan?
167. Wie gedenkt die Bundesregierung diesen Ausrüstungs- und Bewaffnungslücken zu begegnen?
168. Welche nationalen, bilateralen, multilateralen und NATO-weiten Beschaffungsvorhaben von Flugzeugen, Flugkörpern und fliegendem sowie flugtechnischem Gerät sind im Planungszeitraum fest eingeplant, und wie sieht der vorgesehene jährliche Mittelabfluss für Entwicklung und Beschaffung aus?
169. Welche Mehrkosten entstehen im Bundeshaushalt durch die Streckung diverser Beschaffungsvorhaben?
170. Welcher Verdrängungseffekt entsteht durch die Beschaffung von 73 Airbus A400M für andere Beschaffungsnotwendigkeiten und welche Vorsorgemaßnahmen werden getroffen, um die negativen Auswirkungen für andere Rüstungsvorhaben zu begrenzen?
171. Bei welchen Großgeräten der Bundeswehr und in welchem Umfang wird ein gesteuerter Ausbau von Ersatzteilen auf Anordnung oder möglicherweise eigenmächtig praktiziert, um die übrigen Großgeräte einsatzbereit zu halten?
172. Ab wann und in welchen jährlichen Zulaufraten soll das gepanzerte Transportkraftfahrzeug (GTK) eingeführt werden?
173. Welche Haushaltsmittel sind dafür jeweils eingeplant?
174. Wie ist die Ablösung der LKW in Jahresschritten bis zum Jahr 2015 geplant, die zz. mindestens 20 Jahre alt sind?
175. Welche Haushaltsmittel sind dafür jeweils eingeplant?
176. Welche Kosten verursachen die langzeitgelagerten Fahrzeuge (Ketten- bzw. Radfahrzeuge) der Bundeswehr pro Jahr?
177. Wie hoch belaufen sich die Kosten, die für die Behebung sog. Standschäden bei langzeitgelagerten Fahrzeugen (Kette, Rad) entstehen?
178. Wie glaubt die Bundesregierung, die unabdingbare Erhaltung der Kernfähigkeit der deutschen wehrtechnischen Industrie sicherstellen zu können?
179. Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass durch den Erhalt der Mindestkapazitäten das bisherige Preisgefüge für Rüstungsgüter zu erhalten ist, oder ist sie der Auffassung, dass bei Wegfall von Kernkapazitäten die künftigen Beschaffungskosten von Rüstungsgütern deutlich steigen werden?
180. Welche Auswirkungen hat das Schrumpfen der deutschen Rüstungskapazität und die damit einhergehende Konzentration auf den Wettbewerb und die Preisgestaltung für militärische Beschaffungsvorhaben?
181. Muss die Bundesregierung eine Kapazitätenreserve der wehrtechnischen Industrie zur schnellen Produktion von Rüstungsgütern für Krisenzeiten sicherstellen und welche Vorstellungen gibt es dafür?

182. Welche Haushaltsmittel sind in welchen Jahresschritten eingeplant, um für die Mannschaftstransportwagen M 113, die nur bedingt verkehrssicher sind, aber bis über das Jahr 2010 hinaus in Betrieb gehalten werden sollen, eine Nutzungsdauerverlängerung zu erreichen?

183. Wie groß sind die STAN-Zahlen der jeweiligen Typen von Luftfahrzeugen der Bundeswehr, und wie viele davon waren im Januar 2002 jeweils voll einsatzbereit?

184. Wie hat sich deren Einsatzbereitschaft in den Jahren 1999, 2000 und 2001 verändert?

185. Wie ist das Verhältnis der jeweiligen Luftfahrzeuge zu den Besatzungen (Operational Ready), das 1 zu 1,5 bis 1 zu 2 betragen soll?

186. Wie hoch sind die jährlichen Absenkungen des Verteidigungshaushaltes/EPL 14 ab 1999 und der Finanzplanung bis 2006 gegenüber dem ursprünglichen Haushalt von 1998 und der damaligen Finanzplanung?

187. In welchem Ausmaß weichen der finanzielle Logistikbedarf und die tatsächliche Finanzzuweisung in 2001 sowie der Logistikbedarf und der Plankostenrahmen der Jahre 2002 bis 2004 für die einzelnen Teilstreitkräfte von einander ab?

188. Was sind die konkreten Ergebnisse der Kooperationsvereinbarungen des Bundesministers der Verteidigung, Rudolf Scharping, mit 52 Industrie- und Handelskammern sowie 47 Handwerkskammern?

189. Wie ist der Sachstand der mit mehr als 400 Unternehmen eingeleiteten Kooperationsinitiativen des BMVg?

190. Was ist die Zielrichtung dieser Initiativen?

191. In welchem Umfang und in welcher Form können Erfolge bezüglich der Zielerreichung vermeldet werden?

192. Wie hoch ist die Erfolgsquote (Zahlenangabe) des Programms des BMVg „Wirtschaft und Handwerk suchen Chefs, die Bundeswehr bildet sie aus“?

193. Um welches weltweit tätige Unternehmen aus Niedersachsen handelt es sich, das der Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, in diesem Zusammenhang als ein Beispiel florierender Kooperation mit dem BMVg darstellt und wie viele Auszubildende dieser Firma haben 2001 ihre Absicht bekundet, nach Abschluss ihrer Ausbildung in diesem Werk freiwillig für 4 Jahre Dienst bei der Bundeswehr zu leisten?

194. Wie viele Menschen haben das „Schaumburger Modell“ 2001 angenommen?

195. Wird der EPL 14 für die entscheidenden Reformjahre 2003 bis 2006 auf nominal 23,62 Mrd. Euro verstetigt?

196. Wenn ja, wie gedenkt die Bundesregierung dann die reale Abnahme des EPL 14 mit den mindestens konstant bleibenden Anforderungen an die Bundeswehr zu vereinbaren?

197. Welche Indizien geben der Bundesregierung Anlass zu der Annahme, dass ab 2002 für das BMVg jährlich Erlöse aus der Veräußerung von Vermögenswerten in Höhe von 611 Mio. Euro erzielt werden?

198. Wie beurteilt die Bundesregierung Ausführungen des Bundesministers der Verteidigung, Rudolf Scharping, wonach für den EPL 14 für die Jahre 2002 bis 2006 zusätzliche Investitionsmittel in einer Größenordnung von mehr als 10 Mrd. DM (5,11 Mrd. Euro) zur Verfügung stehen?

199. Auf welche Erfolge kann die Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb (GEBB) bisher verweisen?
200. Wie viele Bundesmittel hat die GEBB seit ihrer Gründung erhalten?
201. Wie viele Euro hat die GEBB seit ihrer Gründung erwirtschaftet?
202. Wie ist der aktuelle Sachstand beim Fahrzeugflottenmanagement?
203. Werden mittelständische und kleinere Handwerksbetriebe, z. B. Kfz-Werkstätten, bei der Vergabe von Leistungen ausreichende Beachtung finden, oder werden im Rahmen des Flottenmanagements vornehmlich Großkonzerne Transport- und Instandsetzungsleistungen übernehmen?
204. Wie ist der aktuelle Sachstand bei der Informationstechnik?
205. Wie ist der aktuelle Sachstand bei der IT-Gesellschaft?
206. Welche Verdrängungseffekte hat eine derartige Gesellschaft bundeswehrintern?
207. Wie hoch belaufen sich die Kosten der sozialverträglichen Maßnahmen bei der Umgestaltung auf die IT-Gesellschaft?
208. Wie ist der aktuelle Sachstand im Bereich Privatisierung des Bekleidungswesens?

Berlin, den 26. Februar 2002

Günther Friedrich Nolting
Hildebrecht Braun (Augsburg)
Jörg van Essen
Dirk Niebel
Ina Albowitz
Rainer Brüderle
Ernst Burgbacher
Ulrike Flach
Rainer Funke
Dr. Karlheinz Guttmacher
Klaus Haupt
Dr. Helmut Haussmann
Ulrich Heinrich
Walter Hirche
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Dr. Günter Rexrodt
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Gerhard Schüßler
Marita Sehn
Dr. Hermann Otto Solms
Carl-Ludwig Thiele
Jürgen Türk
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333